



## **Medienkonferenz vom 10. Januar 2014**

**Christine Häsler, Grossrätin, Fraktionspräsidentin Grüne**

### **Legislatur 2010 – 2014: Zahlreiche Grüne Erfolge trotz schwieriger Mehrheitsverhältnisse**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Damen und Herren

Von 2006 bis 2010 standen den 79 Grossratsmandaten von rot-grün-Mitte-Parteien 81 bürgerliche Sitze gegenüber. Diese knappen Mehrheitsverhältnisse garantierten eine intensive Lösungssuche, überfraktionelles Engagement und gute, gemeinsam erarbeitete Lösungen. Von 2010 bis 2014 hatten die rot-grün-Mitte-Parteien noch 69 Sitze, der bürgerliche Block 91. Dies ermöglichte SVP & Co. ein hartes Powerplay. Der Erarbeitung ausgewogener, guter Lösungen für den ganzen Kanton waren diese Mehrheitsverhältnisse nicht zuträglich.

Die Legislatur war und ist geprägt von dieser erdrückenden, bürgerlichen Mehrheit und ungleichem Kräftemessen. Die bürgerliche Mehrheit machte keinen Hehl aus ihrer Grundhaltung, man müsse „der rot-grünen Regierung die Mittel entziehen“ und damit den Kanton destabilisieren und sie setzte alles daran, dieses Ziel zu erreichen – nicht selten auch ohne Rücksicht auf betroffene Bevölkerungskreise. Wurde ihnen aber klar, was dieses undifferenzierte Vorgehen an Sparmassnahmen zur Folge hatte, genierten sie sich nicht, aufzuheulen, die Schuld auf die Regierung zu schieben, gleichzeitig sich selber den Lohn zu erhöhen und nun zum Abschluss auch noch ein weiteres „richtiges!“ Sparpaket zu fordern.

Trotz diesen unerfreulichen Verhältnissen können die Grünen eine Reihe wichtiger Erfolge vorweisen, die zu einem wesentlichen Teil auf jahrelanges Engagement der Grünen, auf Vorstösse oder Kommissionspräsidien von Grünen und auf die Umsetzung durch Regierungsrat Bernhard Pulver zurückzuführen sind:

- Im Kanton Bern wird es kein neues AKW geben. Die Grünen haben mit einer sehr intensiven Abstimmungskampagne viel zu den 49 Prozent Nein-Stimmen zum Rahmenbewilligungsgesuch beigetragen;
- das öffentliche Bekenntnis zur Energiewende wächst stetig und im Parlament gibt es einen spürbaren Grundkonsens für erneuerbare Energien. Beispielhaft dafür ist der Umstand, dass sich eine Mehrheit der Grossratsmitglieder dem 2xJa-Komitee für die Initiative „Bern erneuerbar“ angeschlossen hat. Diese von Grünen initiierte Allianz wie die Energiepolitik im Parlament weiterhin prägen;
- das neue Lehreranstellungsgesetz und das Personalgesetz, welche unter anderem auf Vorstösse von Grünen und eine Initiative zurückzuführen sind. Die Grünen haben als erste Partei eine politische Verknüpfung von Lehreranstellungsgesetz und Pensionskassengesetz vorgeschlagen und damit einen Durchbruch in diesen zentralen Geschäften ermöglicht;
- die Einführung der Basisstufe;
- das Musikschulgesetz und das Kulturförderungsgesetz;

- das Tourismusentwicklungsgesetz;
- das Prostitutionsgewerbegesetz, welches auf einen erfolgreichen Vorstoss auch von Grüner Seite zurückgeht. Die heute auf nationaler Ebene aufgeflamnte Diskussion zeigt, dass der Kanton Bern hier frühzeitig einen verantwortungsvollen Weg eingeschlagen hat, um Ausbeutung möglichst weitgehend zu verhindern;
- und schliesslich die Aufnahme des Kampfes gegen die Armut, wobei die Grünen mit dem Programm „Stipendien statt Sozialhilfe“ wichtige Inputs im Hinblick auf die Umsetzung geliefert haben.

Die Grünen haben in der letzten Legislatur trotz nicht einfacher Rahmenbedingungen zahlreiche klare Erfolge erzielt und ein Maximum herausgeholt. Um den Kanton Bern ökologischer und sozialer zu machen und um Nachhaltigkeit und Solidarität wieder in die kantonale Politik zurückzuholen, braucht es aber unbedingt eine Stärkung der Grünen und neue Mehrheitsverhältnisse im Kanton Bern. Beides streben wir an – für eine nachhaltige Zukunft des Kantons Bern.